

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katrin Kunert, Inge Höger, Andrej Hunko,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/5108 –**

Den deutschen Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Jahr 2016 für Frieden und Abrüstung nutzen

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion ist der Auffassung, dass sich 40 Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte eine weitgehende Abkehr von den Zielen der gemeinsamen Sicherheit festzustellen ist und die OSZE bei aktuellen Konflikten wie in der Ukraine als wichtiges Instrument ausfällt. Die Bundesregierung soll den deutschen Vorsitz in der OSZE 2016 dafür nutzen, um mit geeigneten Initiativen die OSZE für zukünftige Herausforderungen handlungsfähiger zu machen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Grundgedanken „OSZE-first“ umzusetzen und dabei etwa aktiv für die Erweiterung der Aufgaben und Zuständigkeiten der OSZE im Hinblick auf politische Konsultationen zu zentralen Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit einzutreten. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, im Rahmen der OSZE Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu fördern, die Fähigkeiten der OSZE zur nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung zu verbessern, indem die Bedeutung der politisch-militärischen Sicherheitsdimension (Korb 1) aufgewertet wird, die wirtschaftliche Dimension und Umweltsicherheit (Korb 2) auszubauen sowie menschliche Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten (Korb 3).

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/5108 abzulehnen.

Berlin, den 14. Oktober 2015

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Franz Thönnies
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Franz Thönnies, Stefan Liebich und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/5108** in seiner 127. Sitzung am 1. Oktober 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion ist der Auffassung, dass sich 40 Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte eine weitgehende Abkehr von den Zielen der gemeinsamen Sicherheit festzustellen ist und die OSZE bei aktuellen Konflikten wie in der Ukraine als wichtiges Instrument ausfällt. Die Bundesregierung soll den deutschen Vorsitz in der OSZE 2016 dafür nutzen, um mit geeigneten Initiativen die OSZE für zukünftige Herausforderungen handlungsfähiger zu machen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Grundgedanken „OSZE-first“ umzusetzen und dabei etwa aktiv für die Erweiterung der Aufgaben und Zuständigkeiten der OSZE im Hinblick auf politische Konsultationen zu zentralen Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit einzutreten. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, im Rahmen der OSZE Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu fördern, die Fähigkeiten der OSZE zur nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung zu verbessern, indem die Bedeutung der politisch-militärischen Sicherheitsdimension (Korb 1) aufgewertet wird, die wirtschaftliche Dimension und Umweltsicherheit (Korb 2) auszubauen sowie menschliche Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten (Korb 3).

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/5108 in seiner 48. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/5108 in seiner 43. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/5108 in seiner 45. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/5108 in seiner 50. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 14. Oktober 2015

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Franz Thönnies
Berichtersteller

Stefan Liebich
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin

